



## Medienmitteilung

Aidsfocus.ch Fachtagung: HIV/Aids and vulnerable groups – No one left behind

# Ohne Gesundheitsversorgung für alle ist kein Ende von Aids in Sicht

**(aidsfocus.ch / Bern, 07. Mai 2015) Auch die Schweiz unterstützt das Ziel, Aids bis ins Jahr 2030 zu eliminieren. An einer Tagung in Bern haben Fachleute heute hervorgehoben, dass dies nur zu erreichen sei, wenn alle gefährdeten Gruppen Zugang zu den notwendigen Gesundheitsdienstleistungen erhalten. Soweit sind wir aber weder in Ländern mit hoher HIV-Verbreitung noch in der Schweiz.**

Auch wenn die globale HIV Erkrankungsrate rückläufig ist, kann noch lange nicht von einer Eindämmung der HIV/Aids-Epidemie gesprochen werden. Weltweit leben 35 Millionen mit HIV, jedes Jahr infizieren sich 1.9 Millionen Menschen und rund 1.5 Millionen Menschen sterben an Aids jährlich (UNAIDS, 2013).

Rund 80% der Neuinfektionen mit dem HI-Virus geschehen über den sexuellen Kontakt. Sexarbeiterinnen haben eine 13.5% höhere Wahrscheinlichkeit an HIV zu erkranken als Frauen im reproduktiven Alter aus der Allgemeinbevölkerung (Lancet, 2014). Bei Männern, die Sex mit Männern haben, ist die Wahrscheinlichkeit 19mal höher verglichen mit Männern generell; und bei Drogen injizierenden Personen 22-mal höher als in der allgemeinen Bevölkerung (UNAIDS, 2014).

### Ausgrenzung gefährdet die öffentliche Gesundheit

An der Fachtagung von aidsfocus.ch haben Referenten aus dem In- und Ausland, wie auch der DEZA und UNAIDS sich den besonders stark gefährdeten, den sogenannten vulnerablen Gruppen gewidmet. „Soll das auch von der Schweiz unterstützte Ziel, Aids bis 2030 zu beenden erreicht werden, muss die Gesundheitsversorgung diesen Menschen gerecht werden“, betont Sally Smith von UNAIDS. Doch gerade MigrantInnen oder Sexarbeiterinnen, Drogen injizierenden Personen oder Männer, die Sex mit Männern haben, erhalten vielerorts kaum Zugang zu Information, Präventionsangeboten und medizinischer Behandlung.

Hinter dieser Ausgrenzung stehen Stigmatisierung, Diskriminierung und daraus hervorgehende Gesetze. „Ausgrenzung gefährdet nicht nur die Gesundheit dieser betroffenen Gruppen“, warnt Carine Weiss vom Netzwerk Medicus Mundi Schweiz. „sondern auch die Allgemeinbevölkerung. Der Zugang zu Information, Präventionsangeboten und medizinischer Behandlung muss für alle gewährleistet werden.“

Gefordert sind die einzelnen Staaten und der politische Wille, dies rechtsbasiert für ALLE zu gewähren. Dazu gehört auch die Enttabuisierung sexueller Praktiken, die Legalisierung der Sexarbeit, wie auch die Beendigung der Stigmatisierung und der Diskriminierung von gefährdeten Gruppen im Allgemeinen. Es gilt, dieses Thema auf der entwicklungspolitischen Agenda zu halten und den betroffenen Menschen eine Chance zu bieten, ihre Rechte wahrzunehmen.